

Lothar Sack | Kadettenweg 39 | 12205 Berlin

SPD Parteivorstand
Generalsekretär Hubertus Heil
Willy-Brandt-Haus
Wilhelmstraße 141
10963 Berlin

Lothar Sack
stv. GGG-Vorsitzender
Kadettenweg 39
12205 Berlin
Tel.: 030 - 850 79 247
Fax: 030 - 850 79 248
LotharSack@t-online.de
www.ggg-bund.de

4. Okt. 2017

Eine Nationale Bildungsallianz für Deutschland.
Eckpunkte der Sozialdemokratie für bessere Schulen

Sehr geehrter Herr Heil,
and to whom it may concern,

nachträglich herzlichen Dank für die Einladung zur Präsentation der *Bildungsallianz* am 28. Aug. 2017 im Willy-Brandt-Haus.

Die folgende Stellungnahme schreibe ich Ihnen im Auftrag des GGG-Vorstandes; sie folgt im wesentlichen der Struktur Ihres Dokuments. Wir gehen davon aus, dass die Positionierung der SPD nicht nur dem Wahlkampf geschuldet war. Deshalb ist es angezeigt, sich ausführlicher damit zu beschäftigen.

Vorab eine Frage: Der Titel „*Eine nationale Bildungsallianz für Deutschland.*“ zusammen mit dem Untertitel „*Eckpunkte der Sozialdemokratie für bessere Schulen*“ deutet darauf hin, dass weitere Eckpunkte beabsichtigt sind: etwa für die *vorschulischen Bildungseinrichtungen*, den *tertiären Bereich* sowie das *lebenslange Lernen*. Sind diese Vermutungen richtig?

Die Kurzform Ihres Papiers leiten Sie ein mit den Worten: „*Bildung ist Zukunft! Gleiche Bildungschancen sind nicht nur ein Gebot der Gerechtigkeit, sondern auch der ökonomischen und sozialen Vernunft. In der Bildung ist Deutschland durchaus ein starkes Land. Wir dürfen aber nicht die Augen vor den noch bestehenden oder neuen Herausforderungen verschließen: Chancen sind ungleich verteilt, Herkunft statt Talent entscheidet, viele Schulen sind sanierungsbedürftig, die digitale Entwicklung zieht an unseren Schulen vorbei, mind. 1 Mio. Ganztagsplätze in der Grundschule fehlen und Berufsschulen wurden oft vernachlässigt.*“

Diesen Aussagen können wir uns zunächst weitgehend anschließen. Das nähere Hinschauen etwa auf die entsprechenden Passagen der Langform des Memorandums offenbart allerdings einige Lücken, die aus unserer Sicht zu suboptimalen Akzentsetzungen führen, z.T. kommen wir zu anderen Einschätzungen.

Das Menschen- und Gesellschaftsbild

Da sind zunächst die Aussagen zu den grundsätzlichen Funktionen des Bildungssystems. Die im Papier genannten sind zweifellos richtig, betonen aber fast ausschließlich

die wirtschaftliche Dimension. Uns fehlen wesentliche Punkte: Die persönlichkeitsbildende Funktion des Bildungssystems kommt nicht vor, soweit sie über die berufliche Qualifikation hinausgeht. Die gesellschaftsgestaltenden und demokratiestiftenden Funktionen des Bildungssystems werden ebenfalls nicht thematisiert. Dabei ist das Bildungssystem eine der wenigen gesellschaftlichen Kräfte, die der allenthalben greifbaren Spaltung der Gesellschaft entgegenwirken könnten.

Hilfreich wäre die Skizzierung des Menschen- und Gesellschaftsbildes, das die SPD ihrer (Bildungs-)Politik zu Grunde legt. Immerhin kommt das Menschenrecht auf Bildung bzw. inklusive Bildung vor, allerdings ohne dass das dahinter stehende Verständnis klar würde. Insgesamt hat die SPD geschafft, ein Manifest für eine in die Zukunft weisende Bildungs-, genauer Schulpolitik zu formulieren, in denen Begriffe wie Armut/Wohlstand/Reichtum, (gesellschaftliche) Klasse/Schicht/Milieu, Demokratie, Interesse, Partei, Gewerkschaft, Verantwortung, Selbstverantwortung, Selbstbestimmung, Selbstwirksamkeit, Toleranz, Respekt, Gemeinsinn, Solidarität, Nachhaltigkeit überhaupt nicht vorkommen. Die Worte global und international werden nicht ein einziges Mal erwähnt, Europa kommt einmal vor: Mit unseren europäischen Nachbarn sollen wir aber nicht etwa kooperieren oder gar von ihnen lernen; nein, statt dessen sollen wir sie als „Bildungs- und Qualifizierungsland Nr. 1 in Europa“ überflügeln; das Wort Nation/national kommt 14-mal und deutsch 11-mal vor: Germany first?

Defizite/Herausforderungen im Bildungssystem

Das Allianzpapier benennt Herausforderungen sowie Defizitbereiche und führt Lösungsvorschläge an:

1. *Mehr Chancengleichheit*
2. *Bessere Leistungen brauchen bessere Schulgebäude*
3. *Bildung in einer digitalisierten Welt*
4. *Wachsende Schülerzahlen*
5. *Ganztagsausbau stagniert*
6. *Vielfalt in den Klassen steigt*
7. *Mehr Vergleichbarkeit im Schulwesen*
8. *Berufsschulen nicht vernachlässigen*

Sie fordern eine dreifache Wende, um ein kraftloses „Weiter so“ als falschen und gefährlichen Weg zu vermeiden:

- *Wende zu „Wachstum“*
- *Wende zum kooperativen Bildungsföderalismus*
- *Wende in der Bildungspolitik des Bundes*

Diese und die anschließend aufgeführten Eckpunkte finden weitgehend unsere Zustimmung:

- *gebührenfreie Bildung von der Kita bis zum Meister*
- *mehr Zeit zum gemeinsamen Lernen und mehr Ganztagschulen*
- *vergleichbare und gute Schulabschlüsse*
- *gutes Lernen in der digitalen Welt*
- *moderne Schulgebäude*
- *mehr schulische Sozial- und Jugendarbeit*
- *eine hochwertige Berufsschulbildung*

Die von Ihnen aufgeführten Voraussetzungen für eine Bildungsallianz – *kooperativer Bildungsföderalismus* und *kurzfristige zusätzliche Finanzmittel* – begrüßen wir.

Insgesamt ist nichts wesentlich Falsches ausgesagt. Die Problematik liegt eher wieder in dem, was fehlt, und der daraus folgenden Akzentsetzung.

- zu 1. *Mehr Chancengleichheit:* Ja in der Tat, die jährlich 50.000 Schüler ohne Schulabschluss sind eine schwere Hypothek. Die Aussage „*Es gelingt uns zu selten, Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Familien gut zu fördern und den Bildungserfolg von der sozialen Herkunft zu lösen*“ erscheint allzu verharmlosend angesichts der deutschen Spitzenposition bei der Abhängigkeit von Bildungs-/Lebenserfolg und Herkunft. Bei der Lösung des Problems auf den *zweiten Bildungsweg* zu setzen, ist ja nicht falsch, aber er bleibt ein Reparaturversuch. Der *erste Bildungsweg* versagt, auf seiner Reform muss deshalb das Hauptaugenmerk liegen: In unserem Schulsystem ist das Aussortieren von Jugendlichen in schwierigen Lagen und ihre Häufung in sogenannten *Restschulen* üblich. Ohne das zu beseitigen, wird die geforderte individuelle Förderung flächendeckend nicht zu erreichen sein. Das Aufteilen der Schülerschaft nach der Grundschule in unterschiedlich wertige Schulen ist ein Beitrag zur Entsolidarisierung und Spaltung unserer Gesellschaft. Zur Überwindung dieses Zustands wird die Sekundarstufe I, ggf. unter Einbeziehung der Grundstufe, in Richtung des längeren gemeinsamen Lernens in einer Schule für alle zu verändern sein. Auch das Verhältnis von akademischer und beruflicher Bildung in der Sekundarstufe II wird zukunftsorientiert neu zu bestimmen sein: sicher schwierige, aber unabdingbare Unterfangen. Leider dazu kein Wort.
- zu 2. *Bessere Leistungen brauchen bessere Schulgebäude:* ja!
- zu 3. *Bildung in einer digitalisierten Welt:* Der Schule kommt nicht nur die Aufgabe zu, die Schülerinnen und Schüler besser für eine digitalisierte Welt einschließlich der pädagogischen Nutzung neuer Medien fit zu machen. Sie hat auch die Aufgabe, Kinder und Jugendliche mit den negativen Folgen zu konfrontieren und sie stark und widerständig gegen die Digitalisierung als unkontrolliertem Herrschaftsinstrument zu machen; davon liest man leider nichts.
- zu 4. *Wachsende Schülerzahlen:* Spät aufgewacht, aber immerhin!
- zu 5. *Ganztagsausbau stagniert:* Den Ausbau des schulischen Ganztags zu forcieren, ist sicher richtig, aber bitte qualitativ gut und als rhythmisierten, gebundenen Ganztags mit Anwesenheitsverpflichtung für alle Schüler und nicht nur für die, deren Eltern auf eine ganztägige Betreuung angewiesen sind oder mit ihren Kindern zu Hause nichts anzufangen wissen. Dafür ist ebenfalls eine stärkere Verlegung des Lehrerarbeitsplatzes in die Schule erforderlich, auch zur Ermöglichung der notwendigen Teamarbeit. Die Ganztagschule bei einem freiwilligen Angebot zu belassen, findet nicht unsere Zustimmung: Das wirkt sozial selektiv und fördert ein weiteres Mal die gesellschaftliche Segregation (s. hierzu auch Beschlüsse der AfB Bundeskonferenz vom 20.09.2016). Und „mehr Zeit zum gemeinsamen Lernen“ soll doch nicht wirklich nur über den Ausbau der Ganztagschule erreicht werden – oder?
- zu 6. *Vielfalt in den Klassen steigt:* Die wachsende Vielfalt von Kindern und Jugendlichen in unseren Schulen erfordert angesichts der Herausforderung der Inklusion und der Einbeziehung von Kindern fremder Herkunft sicher mehr Unterstützung. Notwendig hierfür ist aber auch ein Paradigmenwechsel der praktizierten Pädagogik, hiervon leider kein Wort.
- zu 7. *Mehr Vergleichbarkeit im Schulwesen:* Qualitäts- und Gerechtigkeitsgründe unterstützen die Forderung nach besserer Vergleichbarkeit und Setzen von Standards. Aber:
1. Die Zuerkennung eines Schulabschlusses muss die Erreichung von Mindestkompetenzen garantieren, also Mindeststandards, keine (unterschreitbaren) Regelstandards.
 2. Standards dürfen nicht zur Einschränkung von Lernbereichen führen, die sich der Standardisierung entziehen.

3. Standards dürfen die Individualität von Lernwegen, -zeiten und -prozessen nicht einschränken.
 4. Das Problem des Wechsels in ein anderes Bundesland löst man besser durch eine Pädagogik, die den individuellen Lernweg betont, als durch Standardisierung von jahrgangswisen Lehrplänen. Viele Schulen machen dies bereits vor.
- zu 8. *Berufsschulen nicht vernachlässigen*: Das Augenmerk auch auf die beruflichen Schulen zu lenken und sie zu unterstützen, ist sicher richtig. Aber gerade diese Schulen würden längerfristig von einem besser gelingendem *ersten Bildungsweg* am meisten profitieren, hätten sie doch weniger *Reparaturarbeiten* zu leisten.

Was fehlt noch?

Überhaupt nicht thematisiert werden folgende Defizite:

- Inklusion in dem Sinne, dass jeder Mensch von Anfang an dazugehört, ist durchgängig weder in der Haltung noch in der Praxis des deutschen Bildungssystems anzutreffen. Im Gegenteil, in unserem auf Auslese und Segregation ausgerichteten Bildungssystem sind Verhinderungstricks Gang und Gäbe: Uminterpretation des Inklusionsbegriffs und seine Einschränkung auf Menschen mit körperlichen oder mentalen Beeinträchtigungen, Elternrecht auf Segregation statt Kinderrecht auf Inklusion, Verweigerung der Inklusion besonders in Sekundarstufenschulen mit Hinweis auf Überforderung, Aufrechterhaltung teurer Sonderschulen und dadurch mangelhafte Ausstattung inklusiv arbeitender Schulen, Unterstützung dieser Haltung durch Schulverwaltung und -politik, Bereitschaft zu gerichtlichen Auseinandersetzungen bei der Verweigerung eines Menschenrechts. Inklusive Bildungsarbeit zu leisten, ist Aufgabe jedes Pädagogen. In der Lehrerbildung ist diese Sichtweise bisher nur in Ausnahmefällen angekommen.
- In unseren Schulen überwiegt eine Pädagogik des Gleichschritts für vermeintlich homogene Schülergruppen: gleiche Pensen für alle Schüler einer Lerngruppe im schulartspezifischen Einheitsunterricht. Von einer Pädagogik, die die Individualität des Lernprozesses jedes Kindes, jedes Jugendlichen respektiert und zur Grundlage ihres Handelns macht, sind wir weit entfernt.
- An dieser rückwärtsgewandten Pädagogik der Auslese und des Gleichschritts orientiert sich weitgehend die Rechtslage, unverständlicherweise auch die Lehrerbildung.
- Viele Eltern finanzieren ihren Kindern Nachhilfeunterricht, auch der Staat beteiligt sich an dessen Kosten als Sozialleistung. Genau betrachtet ist Nachhilfe – bei dem als notwendig angesehenen Umfang – eine Bankrotterklärung des *ersten Bildungsweges*, die noch dazu viel Geld kostet.
- Der Zulauf zu Privatschulen befeuert die gesellschaftliche Spaltung. Diese Schulen werden bei weitgehend staatlicher Finanzierung in den allermeisten Fällen ihrem Verfassungsauftrag nicht gerecht, dass „(...) eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird.“ (GG Art. 7, Abs. (4)).
- Die Schulentwicklungsplanung und die derzeitige Pädagogen(aus)bildung versagt angesichts der Entwicklung der Struktur der Schülerschaft, vor allem aber der Schülerzahlen. Kapazität und Qualität stimmen nicht:
 - So gut wie kein Bundesland hat die Herausforderungen der Inklusion und der individuellen Lernunterstützung in der Pädagogen(aus)bildung angemessen beantwortet.
 - Mangels ausreichender Absolventenzahlen der Lehrer-/Erzieherausbildung setzen viele Bundesländer Pädagogen in Schulstufen ein, die nicht ihrer Aus-

bildung entsprechen und stellen massenhaft Quereinsteiger ein. Und die häufen sich dann meistens an Einrichtungen mit einer herausfordernden Schülerschaft.

Zu den drei in Ihrem Papier angesprochenen *Wenden* und *Eckpunkten* müsste also noch etliches hinzu kommen. (Weitere Anregungen dazu geben die Beschlüsse der AfB, insbesondere die bereits erwähnten vom 20.09.2016.)

Der Verweis auf die Höhe der für das Bildungswesen ausgegebenen Finanzmittel ist kein Nachweis einer ausreichenden Finanzausstattung und auch kein Qualitätsausweis, Sicher sind die ca. 90 Mrd. €, die Länder und Gemeinden jährlich für Bildung ausgeben, ein großer Geldbetrag. Im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung Deutschlands und im internationalen Vergleich ist das deutsche Bildungssystem dennoch deutlich unterfinanziert.

Die genannten Punkte sind eher Indikatoren für ein wenig leistungsfähiges und wenig zukunftsorientiertes System. Von einem bildungsstarken Land zu sprechen ist angesichts der vielen gravierenden Defizite gewagt, eine ehrliche Analyse kommt zu einem anderen Ergebnis. Und viele unserer europäischen und transatlantischen Nachbarn zeigen, dass es deutlich besser geht.

Es wäre an der Zeit, Entwicklungsziele für das Bildungssystem zu vereinbaren. Hierbei stellt die Entwicklung eines wirklich inklusiven Bildungssystems die größte Herausforderung dar. Dazu müsste nach einer Definition der Langfristziele eine gründliche Bestandsaufnahme erfolgen, Zwischenschritte definiert werden und daraus verbildliche nationale Bildungsziele abgeleitet werden. Diese Bildungsziele sollten noch besser in ein europäisches Schulentwicklungsvorhaben eingebettet sein. Für sie sollten Erfolgskriterien und Zeitvorgaben verbindlich formuliert werden. Ein Gremium, das diesen Prozess kompetent beraten, begleiten und bewerten könnte, hatten wir auf nationaler Ebene schon einmal: den Bildungsrat.

Wir gehen davon aus, dass die Vorstellung der Bildungsallianz zwar die bevorstehende Bundestagswahl zum Anlass hatte, für die SPD (und ihre in Bildungsfragen engagierten Mitglieder) das Anliegen jedoch ein längerfristig verfolgtes Vorhaben bleibt. Schade, dass auf der Präsentationsveranstaltung keine Gelegenheit bestand ins Gespräch zu kommen, zumal aus dem Publikum nur offenbar vorher vereinbarte Beiträge zu Wort kamen. Umso notwendiger erscheint es uns, auf diesem Wege eine Diskussion über den Entwicklungsweg unseres Bildungssystems zu führen, zu der wir unsererseits gern bereit sind.

Mit solidarischen Grüßen

Lothar Sack
Stv. GGG-Vorsitzender

PS Wir werden diese Stellungnahme auch anderen interessierten Stellen zugänglich machen. In diesem Sinne ist dieser Brief als offener Brief zu verstehen.